

## Antworten auf die falschen Behauptungen der CDU über die Beschlüsse der BDK

Die CDU scheint unseren Parteitag sehr genau beobachtet zu haben. Denn sie verbreitet inzwischen in Flugblattform („*Bürgerlich blinken – Links abbiegen*“) falsche Behauptungen über unsere Beschlüsse. Hier findet ihr die falschen Behauptungen – und die RICHTIGEN Antworten darauf.

**Die Union behauptet**, die Grünen wollen vor allem die Leistungsträger, kleine und mittlere Unternehmen belasten. Als Beispiel nennen sie die Einkommensteuer, die Vermögensabgabe und die Erbschaft- und Abgeltungsteuer.

**Richtig hingegen ist**, dass wir Grüne in Kiel entschieden haben durch einen Dreiklang aus Subventionsabbau, Ausgabenkürzungen und Einnahmeerhöhungen die öffentlichen Haushalte schrittweise zu sanieren und in den sozial-ökologischen Wandel in Deutschland und Europa zu investieren.

Dabei soll eine einmalige Vermögensabgabe verteilt auf zehn Jahre sicherstellen, dass die stärksten Schultern am meisten tragen, um aus der Krise zu kommen. Das betrifft nur **ca. 1% der Bevölkerung** mit einem Privatvermögen von **über 1 Million Euro und bringt 100 Milliarden Euro für die Begleichung der Krisenkosten in die öffentlichen Haushalte**.

Ja, wir wollen den Spitzensteuersatz auf 49% anheben. Dabei haben wir eine Abflachung in der Steuersatzberechnung eingebaut. So greift unser Spitzensteuersatz von 49% erst bei einem höheren Einkommen und damit bei **nur 3% der Bevölkerung mit besonders hohem Einkommen**.

**Wer heute keinen Spitzensteuersatz zahlt, zahlt auch morgen keinen!**

Für uns ist nicht ersichtlich, warum Kapitaleinkünfte, Veräußerungsgewinne und Erbschaften weiterhin steuerlich so viel besser behandelt werden sollen, als der Lohn und die Arbeit der ArbeitnehmerInnen. Wir wollen soziale Gerechtigkeit bewahren – und die Lasten der Finanzkrise nicht unseren Kindern und Enkeln aufbürden.

---

**Die Union behauptet**, Grüne wollten vor allem Familien stärker belasten und nennen als Beispiel unseren Beschluss zum Ehegattensplitting.

**Richtig hingegen ist**, dass das Ehegattensplitting ein Steuer-Instrument ist, das den Trauschein fördert. Weitgehend unberührt davon bleiben z.B. Kinder. Wir wollen vor allem Kinder und nicht die Institution Ehe fördern. Außerdem schafft das Ehegattensplitting negative Erwerbsanreize für Frauen. Wir Grüne hingegen wollen eine geschlechtergerechte Steuerpolitik.

---

**Die Union behauptet**, die Grünen wollten im Rahmen der Haushaltskonsolidierung Drogen wie Cannabis legalisieren und besteuern. Dies gefährde die Gesundheit.

**Richtig hingegen ist**, dass viele Genußmittel gesundheitsgefährdend sind vor allem Tabak und Alkohol (und die werden auch besteuert – die Einnahmen lagen 2010 zusammen bei über 15,5 Milliarden Euro! ). Richtig ist, dass Cannabiskonsumenten zwar existieren – aber meistens kriminalisiert werden. Wir wollen einen Schwarzmarkt in staatlich kontrollierbare Bahnen lenken und damit auch einen besseren Jugendschutz ermöglichen.

Dazu gehört in letzter Konsequenz dann auch eine Besteuerung von Cannabis. Die wäre für den Staat außerdem deutlich lukrativer als die Überwachung und Repression von Konsumenten. Wir wollen die Cannabiskonsumenten entkriminalisieren und auf Prävention anstatt Repression setzen.

---

**Die Union behauptet**, unser Beschluss zur Abschaffung der Plastiktüte sei absurd und ein weiteres „Dagegen-Projekt“.

**Richtig hingegen ist**, dass Plastikmüll ein riesiges Problem geworden ist. In den Weltmeeren gibt es mehr Plastikmüll als Plankton – die EU zahlt Prämien für das Abfischen von Plastikmüll aus dem Meer. Hiergegen müssen wir etwas tun und dafür ist unsere Forderung nach weniger Plastiktüten ein erster Schritt!

Unsere Forderung ist, dass der Preis die ökologische Wahrheit sagen soll. Deshalb wollen wir zuerst eine Abgabe auf Plastiktüten einführen.

Ja - wir sind dagegen aus knappem Öl ein Wegwerfprodukt zu machen, das über hunderte Jahre nicht abgebaut wird und schon heute unsere Weltmeere massiv verschmutzt und unser Ökosystem bedroht. Wir sind für Mehrwegverpackungen und biologisch abbaubare Tüten und Verpackungen, die sich besonders aufgrund des extrem niedrigen Preises von Plastiktüten und der fehlenden Wahrnehmung noch nicht durchsetzen konnten. Das wollen wir ändern!

Alle Beschlüsse der Bundesdelegiertenkonferenz in Kiel findet Ihr unter [www.gruene.de/bdk](http://www.gruene.de/bdk)